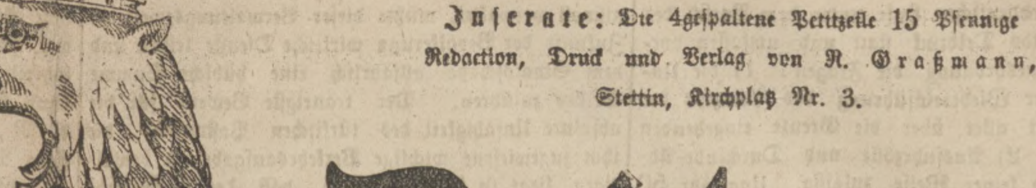
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 10. Februar 1879. Nr. 68.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 8. Februar.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 1 Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: Einige Regierungs-Kommissarien.

Das Haus genehmigt den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Gastgemeinde-Verhältnisses in der evangelischen Kirche der Provinz Schlesien ohne Debatte nach den Kommissions-Beschlüssen.

Auf den Antrag von Bernuth's wird das Ausführungsgesetz zur Konkursordnung in der Fassung des Abgeordnetenhauses, auf Antrag des Grafen Rittberg der Entwurf betreffend die Abänderung der Wege-Gesetzgebung für die Provinz Schleswig-Holstein und die Herbeiführung eines Ausgleiches in der Wegebaupflicht zwischen den Herzogthümern Schleswig und Holstein, sowie auf Antrag des Stadtdirektors Rasch der Entwurf betreffend die Radfelgen-Beschläge der Fuhrwerke in der Provinz Hannover, sämmtlich en bloc angenommen.

Schluß 2½ Uhr.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

T.-O.: Gesetze betreffend die Domstifter, Justizgesetze, Petitionen.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 8. Februar.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertisch: Handelsminister Maybach und einige Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Mündlicher Bericht der Budgetkommission über die Uebersicht der Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen während des Etatsjahres 1877—78.

Referent Abg. Hammacher empfiehlt Namens der Budgetkommission, den Bericht über die Verwaltung der Bergwerke 2c. durch die vorgelegte Uebersicht für erledigt zu erklären.

Abg. Dr. Dohrn macht darauf aufmerksam, daß in der Kommission die Frage angeregt worden sei, die Staatsregierung möge die Erträge der Salinen nach Möglichkeit steigern; von anderer Seite sei dagegen entschieden betont, daß gerade das Salz der schlechteste Gegenstand für eine ergiebige Finanzquelle sei. Eine Uebersicht der Salzpreise ergebe, daß allerdings der Preis des Salzes von 1,23 M. im Jahre 1874 bis auf 1,08 M. heruntergegangen sei, aber immer noch höher stehe als im Jahre 1868, wo es nur 1,01 M. betragen habe.

Der Antrag der Kommission wird genehmigt.

II. Mündlicher Bericht der Budgetkommission über die Denkschrift über die Lage der im Ressort des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten seit dem Jahre 1872 einschließlich begonnenen und in der Vorbereitung begriffenen Staatsbauten in Berlin und Potsdam.

Die Kommission beantragt: die Vorlage durch Kenntnißnahme für erledigt zu erklären.

Die Denkschrift wird für erledigt erklärt.

III. Fortsetzung der Etatsberathung.

a. Verwaltung der direkten Steuern.

Zur Herstellung eines Dienstgebäudes für die Direktion der Verwaltung der direkten Steuern in Berlin 1,500,000 M.

Die Kommission beantragt, von dieser Summe 30,000 M. abzusetzen und nur 1,470,000 M. zu bewilligen.

Das Haus stimmt dem Antrage der Kommission zu.

b. Etat der allgemeinen Finanzverwaltung.

Einnahme 97,933,633 M.; dauernde Ausgaben 119,362,443 Mark; einmalige Ausgaben 559,356 M.

Der Referent der Budget-Kommission Abg. Rickert empfiehlt den Antrag derselben, sämmtliche Kapitel dieses Etats mit Ausnahme Tit. 28 und 31 (Ergänzungssummen zum Ausgleich des Etats) der Einnahmen zu bewilligen.

Der Etat wird ohne wesentliche Debatte nach den Erträgen der Kommission genehmigt.

c. Etat der Eisenbahnverwaltung.

Einnahmen 181,383,897 M., dauernde Ausgaben 119,979,783 M.; einmalige Ausgaben 13,126,700 M.

Die Budgetkommission beantragt: die Einnahme und die dauernden Ausgaben zu bewilligen; bei den einmaligen Ausgaben dagegen aber statt 13,126,700 M. nur 11,716,700 Mark zu bewilligen.

Bei Tit 1 der Einnahmen nimmt das Wort zunächst Abg. Richter-Hagen: Der Herr Ministerpräsident hat von Friedrichsruh aus verschiedene Briefe an das große Publikum gerichtet; darunter befand sich auch ein Brief wegen des Eisenbahntarifs an einen Kollegen des Herrn Ministerpräsidenten. An wen dieser Brief gerichtet ist, halte ich für gleichgiltig; unter allen Umständen haben wir aber das lebhafte Interesse, wie der Herr Eisenbahnminister zu dem Inhalte dieses Briefes steht. Dieser Brief enthält sehr scharfe Angriffe gegen die gegenwärtigen Zustände des Eisenbahnwesens. Wir haben das Interesse, zu wissen, ob der Herr Minister diese Charakteristik unseres Eisenbahntarifwesens als zutreffend anerkennt, und ferner, ob er die Ansicht des Herrn Ministerpräsidenten theilt, daß eine möglichst einheitliche Regelung des Tarifwesens herzuführen sei.

Handelsminister Maybach: Ich habe eben den Eindruck bekommen, als befände ich mich im Reichstage und es handelte sich um die Ausführung des Art. 42 der Reichsverfassung. Der Tadel, den der Vorredner ausgesprochen hat, auf den wird der große Staatsmann selbst antworten; ich glaube, er wird sich über diesen Tadel leicht hinwegsetzen können. (Sehr wahr, rechts.) Ich will nur auf eine Frage eingehen, die wegen der Differentialtarife für Weintrauben. Ich kann versichern, daß mir der Gedanke an einheimische Trauben sehr fern gelegen hat. Es handelt sich nur darum, den ausländischen Produkten keine Begünstigung zu gewähren, wenn diese nicht im Interesse des großen Publikums geboten ist. Sollen wir denn das Ausland besser stellen, als das Inland, liegt dazu ein Grund vor? Was die Aufsicht über die Eisenbahnen anlangt, so erkenne ich an, daß besondere Ausschreitungen nicht vorkommen können. Der Mangel in der Aufsicht liegt aber daran, daß sie nicht im Stande ist, die bestehenden Tarife zu ändern. In Bezug hierauf ist die Bezeichnung von „Ausbeutung" allerdings zum Theil gerechtfertigt.

Abg. Dr. Virchow: Ich kann den Standpunkt des Herrn Ministers nicht anerkennen. Wir dürfen nicht vergessen, daß Fürst Bismarck auch preußischer Ministerpräsident ist und wir das Recht haben, zu hören, wie sich der Herr Minister zu dessen Programm verhält. Wie kommt denn der Minister dazu, uns auf den Reichstag zu verweisen? Ich möchte von vornweg darauf aufmerksam machen, daß diese Methode nothwendig zu dem Gegentheile führt, was man damit beabsichtigt. Während Sie sich anschicken, die einheitliche Einrichtung des Reiches zu stärken, stärken Sie thatsächlich den Partikularismus. Man sollte vom Standpunkte der deutschen Politik es vermeiden, die Leute in die partikularistische Strömung hineinzutreiben. Sie sehen ja, daß die Partikularstaaten überall bestrebt sind, ihre Minister aus dem Zauberbann hinauszubringen, in dem Fürst Bismarck sie gefangen hält. Und das thun wir auch. Wir wollen wissen, ob unsere Minister noch eine eigene Meinung haben. Jetzt wissen wir blos, daß der Herr Reichskanzler befiehlt und daß die Minister die Befehle einfach ausführen. Ich appellire an Ihr Mannesgefühl, das ist nicht eine Position, die einem preußischen Minister gebührt! (Sehr richtig! links.) Und wenn wir keine Antwort bekommen, so schließen wir daraus, daß unsere Minister sich nicht mehr getrauen, über das sich auszusprechen, was sie für recht und gut halten. (Lebhafter Beifall.) Die Unsicherheit, welche jetzt im Eisenbahnwesen herrscht, erklärt sich nur daraus, daß kein Mensch mehr weiß, was binnen 3 oder 4 Monaten geschehen wird. Wollen Sie Staatsbahnen, so führen Sie dies doch mit einem Male durch. Jetzt ruinirt man die Bahnen stückweise, um sie dann billig zu kaufen. Das ist ein System, das nicht schwer genug verurtheilt werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Handelsminister Maybach: Der Vorredner hat die Behauptung ausgesprochen, daß wir durch unsere Politik die Privatbahnen ruiniren, um sie demnächst auf billige Weise zu erwerben. Ich für meine Person muß diese Beschuldigung auf das bestimmteste zurückweisen. Ich bin mir bewußt, den Privatbahnen gegenüber alle Rücksichten der Loyalität beobachtet zu haben.

Bei Kap. 22 (Nassauische Eisenbahn) beklagt Abg. Virchow das Verbot der „Frankfurter Zeitung" auf den nassauischen Eisenbahnen.

Kap. 22—26 wird genehmigt.

Schluß 4½ Uhr.

Nächste Sitzung: Abends 7½ Uhr.

Abendsitzung.

Vicepräsident Klotz eröffnet die Sitzung um 7½ Uhr.

Am Ministertisch: Handelsminister Maybach und mehrere Kommissare.

Die Debatte beginnt bei Kap. 22 der Ausgaben (Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn).

Auf eine Anfrage des Abg. Lüders erwidert der Handelsminister, daß auch die Staatsregierung in der großen Zahl selbstständiger Eisenbahndirektionen einen Luxus erblicke und daß sie deshalb eine Verminderung derselben beabsichtige. Die Berlin-Wetzlarer Bahn werde eine einheitliche Verwaltung erhalten. Er hoffe übrigens, im nächsten Jahre einen anderweitigen Organisationsplan für die Staatsbahnen vorlegen zu können, der diesen Gegenstand zur Erledigung bringen und das Verkehrsinteresse wesentlich berücksichtigen wird.

Abg. Berger-Witten beklagt das Ueberwiegen des juristischen Elements in den Direktionen. Er verlangt nicht die vollständige Beseitigung dieses Elements, wohl aber eine Gleichstellung der Verwaltungs- und der technischen Beamten mit den Juristen. Redner wünscht überhaupt die Zulassung der Techniker und Maschinen-Ingenieure zu den höheren Beamtenstellen.

Der Handelsminister hält die Beschwerde nicht für begründet. Eine Bevorzugung des juristischen Elements finde nicht statt, es würde das auch nicht beabsichtigt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei Kap. 24 (Ostbahn) beschwert sich Abg. Kolberg darüber, daß das Handels-Ministerium dem Projekte des Baues einer Sekundärbahn Allenstein-Kobbelbude den Vorzug gegeben hat vor dem Projekt Allenstein-Braunsberg.

Abg. Richter (Hagen) beklagt, daß die deutschen Eisenbahnschienenfabrikanten eine Koalition geschlossen, um die Preise der Schienen in ganz unverhältnißmäßiger Weise in die Höhe zu treiben. Der Preis der Schienen betrage gegenwärtig 157 Mark per 1000 Klgr, während im Auslande derselbe nur 103 Mark erreiche. Lege man nun noch einen Zoll auf Eisen, so behindere man die deutschen Konsumenten, vom Auslande zu kaufen.

Abg. Berger (Witten) nimmt die deutsche Eisen- und Stahlwaaren-Industrie gegen den Vorwurf des Vorredners in Schutz, daß sie durch eine unverhältnißmäßige Ausdehnung ihrer Werke ihr heutiges Darniederliegen selbst verschuldet habe. Die Regierung selbst habe diese Ausdehnung verschuldet, denn sie sei es gewesen, die fortwährend erklärt, daß die deutsche Industrie nicht im Stande sei, den eigenen Bedarf zu decken und diese Erklärungen hätten auch die Beseitigung des Eisenzolles verschuldet. Die Koalition, von der der Vorredner gesprochen, habe sich nicht zum Zwecke des Hochschraubens der Preise gebildet, sondern um das geringe Quantum der Arbeit, welches noch vorhanden ist, auf die verschiedenen Werke zu vertheilen. Redner behält sich seine weiteren Erklärungen für die Zolldebatte im Reichstage vor.

Abg. Richter: Die Angelegenheit gehört nicht in den Reichstag, sondern in das Abgeordnetenhaus. Es handelt sich hier um die Vertheuerung der Eisenbahnschienen und die Budgetkommission hat die Pflicht, auf die Ursachen der Vertheuerung hinzuweisen. Im Uebrigen bleibt Redner dabei, daß die heutige Lage der Eisenindustrie in der Ueberproduktion der Vorjahre ihre Ursache hat. Die Werke seien gegenwärtig auf 12 Millionen Centner eingerichtet, während der Bedarf nur jährlich 4 Millionen Centner beträgt. Redner geht dann weiter auf den Gegenstand ein und führt aus, daß bei einer etwaigen Wiedereinführung des Eisenzolles sich dergleichen Koalitionen in noch größerer Zahl bilden würden.

Das Haus beschließt auf den Antrag der Kommission eine Resolution: die Regierung aufzufordern, dem Landtage im künftigen Jahre eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Schienensubmissione vorzulegen und zugleich Mittheilungen darüber zu machen, wie weit sich bei solchen und anderen Submissionen für die Staats-Eisenbahn-Verwaltung Koalitionen von Lieferanten zum Zwecke der Erzielung höherer Preise bemerkbar gemacht haben.

Bei Kap. 33 (Centralverwaltung und Eisenbahn-Kommissariate) fragt Abg. Richter (Hagen), ob es den Beamten nicht gestattet sei, ohne Genehmigung des jeweiligen Ministers sich literarisch mit Fragen des Eisenbahnwesens zu beschäftigen.

Handelsminister Maybach: Es versteht sich das eigentlich von selbst. Es gelangen sonst Werke in die Oeffentlichkeit, für welche der Minister die Verantwortlichkeit zu übernehmen hat. Ich erwähne nur das Werk von Schwabe über Sekundärbahnen, das eine Fluth von Gesuchen eingebracht hat. Ich muß daher den Wunsch haben, daß der Beamte nicht gegen meine Auffassung Werke veröffentlicht.

Abg. Richter widerspricht dieser Auffassung des Ministers.

Das Haus beschließt auf den Antrag der Kommission, die Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß dem Landtage mehrere Exemplare der Jahresberichte derjenigen Eisenbahngesellschaften zugehen, denen der Staat auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen Zuschüsse zu leisten hat, so wie Diejenigen, deren Betrieb durch den Staat geführt wird.

Bei Tit. 26 Kap. 33 (Kosten der Vorarbeiten zu neuen Eisenbahnen) beantragt die Kommission statt 150,000 M. nur 100,000 M. zu bewilligen, also 50,000 M. abzusetzen.

Reg.-Komm. Geh. Rath Schneider und Abg. Rickert bitten um unverkürzte Bewilligung.

Das Haus bewilligt diesem Vorschlage gemäß den vollen Betrag von 150,000 M.

Beim Extra-Ordinarium werden bei Titel 1 (Rangirbahnhof) statt 600,000 M. nur 300,000 M., bei Tit. 5 (zum Umbau der Güterbahnhöfe in Berlin) statt 470,000 M. nur 360,000 M., bei Tit. 20 (zur Erweiterung des Bahnhofs Hannover) statt 3,000,000 M. nur 2,500,000 M. und bei Titel 29 (zur Anlage eines Centralbahnhofes in Frankfurt a. M.) statt 2,500,000 Mark nur 2,000 000 M bewilligt.

Zugleich beschließt das Haus, die Regierung aufzufordern, den Plan des Centralbahnhofes in Frankfurt a. M. einer erneuten Prüfung zu unterziehen, und dabei auf die größte Sparsamkeit Rücksicht zu nehmen — auch dem Landtage in dessen nächster Session den definitiven Plan vorzulegen und gleichzeitig mitzutheilen, in welchen Perioden sie die Vollendung der Anlage beabsichtigt.

Das Haus genehmigt sodann noch die übrigen Titel mit einigen dazu vorliegenden unwesentlichen Resolutionen nach dem Vorschlage der Kommission.

Damit ist die zweite Berathung des Etats beendigt.

Der Präsident theilt mit, daß im Ganzen die Deckungsmittel um 5,819,450 Mark ermäßigt sind.

Das Haus genehmigt ferner das Etatsgesetz ohne weitere Debatte.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Tages-Ordnung: Dritte Berathung des Etats.

Schluß 11 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 8. Februar. Am Freitag Abend fand in dem Hotel des Fürsten Bismarck unter dessen Vorsitz ein preußischer Ministerrath statt, welcher erst nach Mitternacht sein Ende fand. In Abgeordnetenkreisen wollte man wissen, daß es hierbei zu sehr stürmischen Erörterungen gekommen wäre. Ueber den Inhalt der Berathung gingen indessen die Angaben auseinander; einerseits meinte man, es hätte sich um Zoll- und Steuerfragen und namentlich um die Tabaksteuer gehandelt, andererseits wollte man wissen — doch hat dies weniger Wahrscheinlichkeit für sich —, die Debatten hätten sich um den Generalbericht der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bewegt. Jedenfalls machte sich in gewissen ministeriellen Kreisen heute eine unverkennbare Niedergeschlagenheit geltend.

— Auf Einladung des Aeltesten-Kollegiums der Kaufmannschaft zu Berlin und der Handelskammern zu Frankfurt a. M., Hamburg und Leipzig sind heute Delegirte der meisten deutschen Handels

kammern hier zusammengetreten. Die Berathungen finden im Norddeutschen Hofe unter dem Vorsitz des Kommerzienraths Delbrück statt und umfassen vorläufig als Tagesordnung die Fragen: 1) die Unzuläſſigkeit der Wiedereinführung des Prinzips der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände. 2) Ausfuhrzölle und Durchfuhr-Abgaben sind in keiner Weise zuläſſig. Ungefähr 50 Delegirte der hauptsächlichsten Handelsplätze waren anwesend. Die Verhandlungen, welche um 11 Uhr begonnen haben und außerordentlich lebhaft waren, finden heute noch ihren Abschluß.

— Der Handelsminister hatte den Antrag auf Verbot der Haftpflichtversicherung bekanntlich den Handelskammern zur Begutachtung gesandt. Er hat von der Mehrzahl die Antwort der Unthunlichkeit solchen Verbots erhalten.

Ausland.

Paris, 8. Februar. Der Minister des Innern erklärte gestern den algerischen Deputirten, daß der General Chanzy nicht mehr als Gouverneur von Algerien zu betrachten sei; die Regierung werde ihm jedoch vor der Hand keinen Nachfolger geben, da sie wünsche, daß die Kammern vorher die neue Organisation der Kolonie votirten; bis dahin würden Lempre de Villers die Civil- und General d'Osmond die Militär-Angelegenheiten besorgen. Dagegen erhoben die algerischen Vertreter Protest: sie könnten nicht dulden, daß man Monate lang warte, ehe man das Verwaltungspersonal von Algerien säubere; Lempre de Villers, ein ehemaliger kaiserlicher Präfekt, sei hauptsächlich derjenige, dessen Beseitigung die algerische Bevölkerung verlangte; sie hoben hervor, wie nützlich es für die Ausarbeitung der Entwurfe für Algerien sei, wenn es sofort einen Republikaner zum Civil-Gouvergeur erhalte: schließlich sie darauf, daß Albert Grevy diesen Posten erhalte. Der Minister versprach, die Sache im Ministerrathe zur Sprache zu bringen.

Paris, 8. Februar. Heute empfing der neue Präsident der Republik das diplomatische Korps im Elysee. Sämmtliche Mitglieder desselben erschienen im schwarzen Frack, nur die chinesische Botschaft im amtlichen Kostüm und die Militärbevollmächtigten in großer Uniform. Fürst Hohenlohe trug das große Band der Ehrenlegion. Eine Ehrenwache war nicht befohlen, nur sah man im Hofe zahlreiche Schildwachen und Ordonnanzen. Die vielen Schaulustigen, die sich eingefunden, verhielten sich ruhig. Der Präsident der Republik äußerte, er freue sich, daß er bei Gelegenheit des ersten Empfanges der Vertreter des Auslandes bestätigen könne, die Beziehungen Frankreichs mit dem Auslande seien ausgezeichnet.

Der Marschall Canrobert machte dem Präsidenten Grevy einen Besuch.

Zur Wahl eines Deputirten des 8. Arrondissements von Paris wil die reaktionäre Opposition als Präfekt aufstellen.

Die Minister beriethen über eine allgemeine Amnestie.

Konstantinopel, 29 Januar. Als Universal-Heilmittel gegen alle Schäden betrachtet man in der Türkei die Einsetzung einer Kommission ad hoc. Sobald man glaubt, daß in irgend einem Zweige der Staatsverwaltung bedenklichen Mängeln abgeholfen werden müsse, hat man nichts Eiligeres zu thun, als eine Kommission zu ernennen und deren Einsetzung mit möglichst viel Lärm in den amtlichen Blättern zu verkünden. Die Kommission tagt dann einige Monate, faßt eine Reihe von Beschlüssen und löst sich darauf wieder auf. Gewöhnlich bekommen die einzelnen Mitglieder einen Orden; deshalb sind türkische Beamte und fränkische Streber auch gewöhnlich sehr zufrieden, zu Mitgliedern irgend eines Sonderausschusses ernannt zu werden. Was das Schicksal der Kommissionsbeschlüsse angeht, so ist es nicht leicht, darüber etwas Bestimmtes zu sagen. Gewöhnlich hört man nichts weiter davon, und darf deshalb, ohne ungerecht zu sein, wohl vermuthen, daß sie einfach ad acta gelegt werden. Diese Betrachtungen vorauszuschicken habe ich für nöthig gehalten, ehe ich Ihnen von dem Ende der seiner Zeit mit so viel Geräusch angekündigten Kommission gegen das Unwesen der Diebe, Straßenräuber und Deserteure in Konstantinopel Mittheilung mache. Die öffentliche Sicherheit hat sich in der Zwischenzeit zwar eher verringert als verbessert, dafür aber hat die Kommission vor ihrem seligen Hinscheiden den Beschluß gefaßt, alle Händler mit alten Kleidern anzuweisen, beim Ankauf von Uniformstücken mit großer Vorsicht zu Werke zu gehen und insbesondere solche Kleider an Civilisten nicht eher weiterzuverkaufen, als bis die Knöpfe abgetrennt und der farbige Besatz abgetrennt ist. Es soll dadurch vermieden werden, daß dem Militärstande angehörige Personen in Uniform Verbrechen gegen Sicherheit und Eigenthum begehen können, wodurch natürlich das Ansehen der türkischen Armee Schaden leiden muß. Difficile est, satiram non scribere!

Auch der neuernannte Generalpostmeister Haidar hat seine Thätigkeit damit begonnen, eine aus höheren Post- und Telegraphenbeamten zusammengesetzte Kommission einzusetzen, welche über die in diesen wichtigen Zweigen des Verkehrswesens möglichen Reformen berathen soll. Haidar, der aus seiner Thätigkeit als türkischer Botschafter in Wien her bekannte Diplomat, ist ein gründlich gebildeter und mit den europäischen Fortschritten sattsam vertrauter Beamte; in dem ihm neuerdings zugewiesenen Departement findet er eine geeignete Stätte zu der fruchtbringendsten Wirksamkeit.

Das türkische Post- und Telegraphenwesen, wie es heute ist, gewährt nur den traurigen Anblick einer wirren Masse von Planlosigkeit, Unkenntniß und Willkür, zu dessen Aufrechterhaltung der Staat jährlich eine nicht geringe Summe zulegen muß. Zweckentsprechend umgestaltet, kräftig geleitet und verständnißvoll verwaltet, müßte dieser Verwaltungszweig in Zukunft der Bevölkerung wirkliche Dienste leisten und dem Staatsschatze alljährlich eine hübsche Summe Geldes zuführen. Der traurigste Beweis für die absolute Unfähigkeit des türkischen Postwesens, die ihm zugewiesene wichtige Verkehrsaufgabe zu bewältigen, liegt in dem Umstande, daß der Postverkehr zwischen Europa und der Hauptstadt des Osmanenreiches noch heute nicht durch türkische Postanstalten vermittelt wird (obwohl die Türkei dem Weltpostverein angehört), sondern in den Händen des deutschen, österreichischen, französischen, englischen und russischen Postamts liegt. Wenn diese fremdländischen Verkehrsanstalten aufgelöst und die bisher von ihnen bewältigten Aufgaben in türkische Hände gelegt werden könnten, so würde dies von einem wesentlichen pekuniären Vortheil für die Türkei begleitet sein. Das Telegraphenwesen der Türkei liegt gleichfalls noch sehr im Argen; beispielsweise sind Konstantinopel und Smyrna bis zum heutigen Tage nur durch eine einzige Telegraphenleitung verbunden, die noch dazu meistens mit Regierungsdepeschen besetzt ist, so daß Telegramme von hier nach dort durchschnittlich eine Beförderungsdauer von drei bis vier Tagen haben. Solche Zustände bedürfen dringend einer Aenderung, und — Inschallah! Haidar ist der Mann, Reformen in's Werk zu setzen und durchzuführen. Einen Beweis seines guten Willens hat der Generalpostmeister schon dadurch gegeben, daß er, wie der heutige „Reichsanzeiger" verkündigt, alle Telegraphenanstalten des Reichs ermächtigt hat, Depeschen in jeder beliebigen Sprache, auch in Chiffreschrift, zur Beförderung anzunehmen.

Suleiman Pascha sitzt noch immer im Gefängniß, ohne Nachricht über sein endgültiges Schicksal, rücksichtlich dessen im Palais noch keine Entscheidung getroffen ist. — Das Wetter ist trocken und kalt.

Provinzielles.

Stettin, 9. Februar. Ein Beweis, daß auch Landwirthe in unserer Provinz in der Viehzucht ganz Ausgezeichnetes leisten können, ist wohl darin zu finden, daß Herr Hofschlächtermeister J a n s e n dieser Tage einen dreijährigen Stier kaufte, welcher lebend das respektable Gewicht von circa 2500 Pfund hatte. Das Thier war von dem Bauerhofs-Besitzer W. S c h m i d t in Möhringen groß gezogen.

— Der Referendar v. W a n g e n h e i m ist zum Assessor im hiesigen Appellationsgerichts-Bezirk ernannt.

— Der selbstständige V e r w a l t e r eines fremden Besitzthums — beispielsweise ein mit voller Selbstständigkeit ausgestatteter Gutsinspektor — ist nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 8. Januar d. Js. zur S t e l l u n g v o n S t r a f - A n t r ä g e n gegen Personen, welche strafbare, gegen das von ihm verwaltete Besitzthum gerichtete Handlungen verübt haben, berechtigt.

— In allen den Ländern, in welchem der t e l e g r a p h i s c h e Verkehr durch eine Staatsanstalt besorgt wird, haben die zur Ausgabe an den Adressaten gelangenden Depeschen, nach einem Erkenntniß des Reichs Oberhandelsgerichts, 2 Senat, vom 22. Januar d. Js., civilrechtlich die Beweiskraft ö f f e n t l i c h e r U r k u n d e n. Wird von einer Partei behauptet, daß die von der Gegenpartei zum Beweise ihrer Behauptung produzirte Depesche in dem Ankunftsort unrichtig ausgefertigt worden, so hat sie dies nachzuweisen.

— Herr Polizeipräsident v. W a r n s t e d t hat am Sonnabend seinen Urlaub angetreten, und seine Vertretung wurde Herrn Polizeirath M a n n - k o p f f übertragen.

— Die Herren K n o o p, H ö b n e, K u n d e, und K r a b b e veranstalteten am Mittwoch, d. 12. Mts., in Wolff's Saal wieder eine Soiree, auf welche mir Musikfreunde hiermit besonders aufmerksam machen wollen. Zum Vortrag kommt das beim Publikum als Trio, Streich-Quartett un Arrangement für Klavier vielfach bekannte Es-du Quartett, in 2 Theilen, für Streich- und Blas instrumente von L. v. Beethoven.

— In der Zeit vom 7. Morgens bis 8. d. M. Morgens sind in dem Hause Kohlmarkt Nr. 7 zwei Keller erbrochen und daraus Kartoffeln, Kohlen, Holz 2c. im Gesammtwerthe von ca. 7 Mark gestohlen.

— Gestern Nachmittag entstand in dem Hause Paradeplatz 1 ein Schornsteinbrand. Die Feuerwehr war bald zur Stelle, kam aber nicht in Thätigkeit.

— Am 21 Oktober v. J. wurde der Abeiter Karl S t e i n von seinem Hauswirth in Unter-Bredow dabei betroffen, als er seine Mobilien aus der Wohnung räumte und ohne die für mehrere Monate rückständige Miethe zu bezahlen. Als der Wirth dagegen Einspruch erhob, zog Stein ein Messer und versetzte ihm mehrere Stiche in Kopf, Schulter und Rücken, welche eine dreiwöchentliche Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. Deshalb war Stein heute vor der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts wegen Mißhandlung angeklagt und wurde zu 6 Monaten verurtheilt.

Züllchow, 9. Februar. Nach längerer Pause veranstaltete der hiesige Dilettanten-Verein gestern in S e i d e l ' s Koncertsaal wieder eine theatralische Vorstellung. Zur Aufführung kam Kneisel's bekanntes Volksstück „Die Lieder des Musikanten." Die Mitwirkenden spielten recht brav und waren bemüht, sich den Beifall der Zuschauer zu erringen, welcher ihnen denn auch in reichem Maße gezollt wurde. Nach Schluß der Vorstellung fand ein gemüthliches Tänzchen statt, welches die Theilnehmer bis lange nach Mitternacht vereint hielt. Leider war in Folge des Regenwetters der Besuch kein so zahlreicher, wie wir es mit Rücksicht auf die gemüthliche Abendunterhaltung gewünscht hätten, doch hoffen wir, daß der Verein jetzt wieder öfter an die Oeffentlichkeit tritt, es wird ihm an zahlreichen Freunden dann sicher nicht fehlen. — Sonnabend, den 17. d. M., findet ein größeres Vokal-Konzert des hiesigen Männer-Gesangvereins „Concordia" statt, wobei außer mehreren neuen Vorträgen für Männer und gemischten Chor auf vielseitiges Verlangen auch die im vorigen Jahre mit so großem Beifall aufgenommene größere Komposition „Columbus" zu Gehör gebracht wurde. Die Instrumental-Begleitung hat Herr Musikdirektor Walter unter Mitwirkung seiner Schüler übernommen. Die Beliebtheit, welche sich der Verein bei allen Gesangfreunden hier und in der Umgebung erworben hat, wird sicher dazu beitragen, Seidel's Konzertsaal, woselbst das Konzert stattfindet, bis auf den letzten Platz zu füllen.

Stargard, 8. Februar. Gestern Abend kurz nach 9 Uhr entstand Feuerlärm. Es brannten in dem Hinterhause des in der Radestraße gelegenen, dem Tischlermeister B a r i tz gehörigen Grundstückes die über dem Waschhause befindlichen Räumlichkeiten, wobei besonders die Korbwaaren eines daselbst wohnenden Korbmachers der Flamme reiche Nahrung boten. Der umsichtigen und energischen Thätigkeit der Herren Schornsteinfegermeister D a l l m e r, Vater und Sohn, die selbst die erste Spritze herbeiholten oder vielmehr mit noch einigen Leuten persönlich herbeizogen, ist es zu danken, daß das Feuer nicht weiter um sich griff, sondern auf seinen eigentlichen Heerd beschränkt blieb.

Greifswald, 8. Februar. Wie uns mitgewird, hat der beim letzten hiesigen Schwurgericht wegen des an seiner Ehefrau verübten Giftmordes zum Tode verurtheilte Lehrer Ehrenfried T h o d e aus Wieck bei Gützkow gegen das Urtel die Nichtigkeits-Beschwerde zwar angemeldet, jedoch innerhalb der ihm gerichtsseitig gestellten zehntägigen Präklusivfrist nicht gerechtfertigt, dagegen ein Restitutionsgesuch nach den Artikeln 151 bis 156 der Verordnung vom 3 Januar 1849 beim hiesigen Gericht eingereicht.

Aus dem Kreise Grimmen. Die im hiesigen Kreise vorhandenen beiden Beschälstationen Grimmen und Falkenhagen sind seit dem 4. d. M. mit 4 bez. 2 Hengsten aus dem königlichen Landgestüt Labes versetzt worden. Im Vorjahre befand sich die zweite Beschälstation statt in Falkenhagen in Nieder-Hinrichshagen.

Vermischtes.

B e r l i n. Das Verdikt der Geschworenen im Prozeß gegen die Mörder der Wittwe Hall lautet: Gegen Heinrich Klose auf Schuldig des Todtschlages und des Raubes, gegen Frau Heinrich Klose auf Schuldig der Beihülfe am Todtschlage, gegen Hermann Klose auf Schuldig der schweren Hehlerei unter mildernden Umständen und gegen Frau Hermann Klose auf Freisprechung.

Das Urtheil des Gerichtshofes lautet:

1) gegen Heinrich Klose auf lebenslängliche Zuchthausstrafe und Ehrverlust;

2) gegen Frau Heinrich Klose, geb. Haase, auf 12 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht;

3) gegen Hermann Klose auf 4 Jahre Gefängniß und

4) gegen Frau Hermann Klose auf Freisprechung.

— Ein eigenthümlicher Racheakt, der die Ursache einer recht heiteren Scene wurde, spielte sich hier bei einer Soirée in dem Hause eines hochgestellten Beamten ab. Derselbe hatte einen neuen Diener engagirt, welcher zum ersten Male bei der Tafel servirte. Zu den eingeladenen Gästen zählte auch ein Neffe des Gastgebers, der als Lieutenant bei einem der hiesigen Garde-Regimenter dient. Dieser saß am unteren Ende der Tafel. Der Diener reichte nun die erste Schüssel vorschriftsmäßig an der Tafel herum, bei den nächsten Gängen aber übersah er jedes Mal den letzten Gast, den Herrn Lieutenant. Nachdem er dies mehrmals gethan, rief ihn der Gastgeber zu sich und fragte ihn leise, weshalb dies geschehen, ob etwa die Schüsseln schon leer gewesen. Ganz naiv erwiderte ihm in derselben geflüsterten Weise der dienende Geist: „Nee, Herr Rath, aber ich muß mir rächen, der Herr Lieutenant hat mir mal zum Arrest verholfen, als ich unter ihm diente." Der Herr Rath brach in ein schallendes Gelächter aus und theilte sofort in jovialer Weise diesen Racheakt der Gesellschaft mit, der nicht wenig zur allgemeinen Erheiterung an dem Abende beitrug.

— Von Doggen zerrissen. Ein beklagenswerther Unglücksfall hat sich vor einigen Tagen im Dorfe Dakowy bei Grätz (Regbz. Posen) ereignet. In jenem Dorfe hat der Gutsbesitzer vier kräftige Bulldoggen, die bei Tage an Ketten lagen, des Nachts jedoch vom Wächter losgemacht und zum Wachen benutzt wurden. Der auf dem Gute beschäftigte Wirthschaftsvoigt war an jenem Tage länger als gewöhnlich auf dem herrschaftlichen Hofe geblieben, und deshalb wollte seine Ehefrau ihn aus irgend einem Grunde nach Hause holen. Als die Frau auf dem Hofe angekommen war, umkreisten die starken Hunde die unglückliche Frau, fielen dann nach kurzem Bellen über dieselbe her und bissen sie buchstäblich todt. Große Stücke Fleisch sind dem beklagenswerthen Opfer aus dem Leibe und von den Füßen abgerissen worden, sodaß, als Hülfe kam, die Frau schon derartig zugerichtet war, daß sie nach einigen Minuten ihren Geist aufgab.

— (Die Folgen des Wahns.) Ueber Odessa geht dem Berner „Bund" (Regierungsorgan) unter dem 25. Januar ein Schreiben aus Jenotajewk zu. In diesem Briefe heißt es wörtlich: „Ganz so wie es 1771 zur Zeit der großen Pest in Moskau der Fall war, beschuldigt das Volk auch jetzt wieder die Aerzte, welche zum größten Theile Deutsche sind, daß diese es — vergiften. Dieser hirnverrückte Glaube hat bereits schauerliche und ungeheuerliche Gewaltakte hervorgerufen. In der Staniza Prischib z. B. hat der Pöbel, aufgereizt von den Sträflingen, die in Freiheit gesetzt worden waren, damit sie die Beerdigung der Leichen besorgten — es ist diesem Gesindel die volle Begnadigung in Aussicht gestellt worden, sobald jeder Einzelne eine gewisse Anzahl von Kadavern verscharrt haben würde — in Prischib also hat der Pöbel die sechs Aerzte des Ortes massakrirt. Vorher mußten die Unglücklichen noch ein Martyrium durchmachen, welches die düstersten Epochen unserer Geschichte ins Gedächtniß ruft. Die Unglücklichen wurden angeklagt, im Auftrage des Auslandes, „welches den Tod der Russen will", die Quellen und die Brunnen in Prischib vergiftet zu haben. Allen sechs stach man die Augen aus und schlug sie dann mit Knütteln todt. Die gräßlich verstümmelten Leichen wurden durch die Straßen geschleift und schließlich auf je einem jener viereckig behauenen, roh in drei Farben bemalten Balken in die Höhe gezogen, welche in Rußland dazu dienen, die Wegentfernungen anzuzeigen. Auch aus anderen Ortschaften werden ernste Unordnungen und Gewaltthaten gemeldet. Sicheres läßt sich diesbezüglich freilich nicht sagen, denn der Verkehr ist größtentheils unterbrochen oder doch sehr erschwert. Man hört nur erzählen, daß auch anderwärts das Leben von Aerzten der wüthenden Volksmenge zum Opfer gefallen sei. Ueberall kehrt derselbe Schreckensruf wieder: „Man vergiftet uns! Man vergiftet die Brunnen!" Und dieser gräßliche Irrwahn breitet sich mit furchtbarer Schnelligkeit nach allen Richtungen hin aus." — Man lese den Anfang von Thucydides „Peloponnesischem Kriege" und man wird finden, daß das von der Pest heimgesuchte Volk von Athen schon damals ganz denselben Ruf: „Man vergiftet die Brunnen!" ertönen ließ.

— In größter Aufregung befand sich am Morgen des 7. Februar die Stadt Mainz. In der letzten Nacht war nämlich am Rathhause ein großer Zettel angeschlagen worden mit den Worten: „Es lebe die Republik! Nieder mit dem Kaiser!" Da die Polizei ihn erst nach einiger Zeit entfernen konnte, so hatte sich die Nachricht von diesem Vorgange wie ein Lauffeuer durch die Stadt verbreitet und überall größte Unruhe hervorgerufen. Auf den Autor des Plakats wurde von der Polizei gefahndet.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 8. Februar. Nach amtlicher Zählung hat bei der am Dienstag hiergehabten Reichstagswahl, die engere Wahl nothwendig macht, der Kandidat der Fortschrittspartei, Justizrath Freund, 6564, der Kandidat der Sozialisten, Kräcker, 5184 Stimmen erhalten.

Wien, 8. Februar. Aus Cettinje wird heute hierher gemeldet, daß die montegrinischen Truppen gestern ungestört in Schabijak eingerückt seien. Heute soll die Uebergabe von Podgoritza erfolgen.

Aus Konstantinopel: Die Frage des Kostenersatzes für die türkischen Kriegsgefangenen ist dahin entschieden worden, daß die Pforte die bis zur Unterzeichnung des Berliner Vertrages erwachsenen Erhaltungskosten vergütet, daß aber hiervon ein entsprechender Betrag für die von den Gefangenen in Rußland geleisteten Arbeiten abgezogen wird. Die Frist für die Ratifikation des definitiven Friedensvertrages ist auf 14 Tage festgesetzt.

In amtlichen Kreisen wird entschieden bestritten, daß es sich bei den in der Nähe von Xanthi vorgekommenen Krankheitsfällen um die Pest handle, es sei positiv, daß dort lediglich der Flecktyphus aufgetreten sei.

Paris, 8. Februar. Präsident Grevy empfing heute das diplomatische Korps und sprach dabei seine hohe Befriedigung über die ausgezeichneten Beziehungen aus, in denen Frankreich zu den auswärtigen Mächten stehe; er könne die Versicherung hinzufügen, daß die Regierung der Republik alles ihr nur Mögliche thun werde, um jene Beziehungen zu konsolidiren und er bitte die Vertreter der fremden Mächte, ihren Regierungen seinen Dank zu übermitteln für die Bereitwilligkeit, mit welcher dieselben die Stellung ihrer Vertreter bei der Regierung der französischen Republik geregelt hätten.

London, 8. Februar. Die Strikes in Liverpool dauern noch immer fort. Die Polizei kann die Unruhen nicht mehr bewältigen, weshalb Militär nach Northenden beordert worden ist, um gewaltsame Erhebungen zu verhüten. Die Schiffe können, da es an Arbeitern fehlt, ihre Ladung nicht löschen.

Konstantinopel, 7. Februar. Wie aus Regierungskreisen verlautet, scheint die Pforte in den Gegenvorschlägen, die sie den ihr unterbreiteten finanziellen Projekten gegenüber gemacht hat, nicht abgeneigt, eine auswärtige Kontrole der Zollverwaltung zuzugestehen, welche so eingerichtet werden könnte, daß den bei den Finanzoperationen betheiligten Interessen alle wünschenswerthen Garantien gewährt würden. Die in Rede stehenden Finanzpläne haben die Zolleinkünfte des ottomanischen Reiches zur Basis und bezwecken ausschließlich die Zurückziehung der Papiergeldes und ein Arrangement mit den Inhaben türkischer Fonds.

Konstantinopel, 8. Februar. In Folge von Reklamationen einiger Mächte, darunter Italiens, hat die Pforte über das von französischen Kapitalisten durch den Marquis von Tocqueville gemachte Finanzprojekt und über die bedingsweise Ueberlassung einzelner Revenüen ihren auswärtigen Vertretern Aufklärungen zugehen lassen. Nach dem bezüglichen Vertragsentwurf wird die Pforte mit den Inhabern türkischer Schuldtitel direkt verhandelt.